

Antrag auf Einbürgerung

nach § 8 StAG § 9 StAG § 10 StAG _____

Bitte alle Fragen beantworten!

Sollte der Platz bei einer Frage nicht ausreichen, weitere Ausführungen bitte auf einem Beiblatt.
Bei Minderjährigen ab 16 Jahren ist ein eigener Antrag erforderlich.

Ich beantrage die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit und mache über meine persönlichen Verhältnisse folgende Angaben:

1	Angaben zu meiner Person	Vermerke der Behörde						
Familienname (ggf. Geburtsname), Vornamen								
Geburtsdatum			Geburtsort, Kreis, Staat					
Anschrift am Ort des dauernden Aufenthalts								
ausgeübter Beruf								
Tel.			Fax	E-Mail				
Familienstand:			seit					
<input type="checkbox"/> ledig			<input type="checkbox"/> ver-heiratet	<input type="checkbox"/> ver-witwet	<input type="checkbox"/> ge-schieden	<input type="checkbox"/> getrennt lebend	<input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft	
Ort der Eheschließung / Begründung der Lebenspartnerschaft								
Bei Scheidung oder außergerichtlicher Aufhebung: Tag der Rechtskraft (Anerkennung) des Urteils								
2	Angaben zur Person meiner Ehegattin / meines Ehegatten / meiner Lebenspartnerin / meines Lebenspartners							
Familienname (ggf. Geburtsname), Vornamen								
Geburtsdatum		Geburtsort, Kreis, Staat						
Anschrift								
ausgeübter Beruf								
Staatsangehörigkeit(en)								
Ist die Einbürgerung ebenfalls beantragt?								
<input type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> Ja (Falls nicht Deutscher)						
Frühere Ehen / Lebenspartnerschaften (zu 1)								
Ich war vor dieser Ehe bereits verheiratet								
<input type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> Ja	1. Ehe / Lebenspartnerschaft von - bis	aufgelöst durch				
Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten								
<input type="checkbox"/> Ja		2. Ehe / Lebenspartnerschaft von - bis	aufgelöst durch					
Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten								

Aufenthaltsgenehmigungen				Vermerke der Behörde
Aufenthaltsberechtigung erteilt?	Aufenthaltserlaubnis erteilt?	Aufenthaltsbefugnis erteilt?	gültig bis	
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja		
Niederlassungserlaubnis erteilt?		<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja		
Freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger?		<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja		

4 Angaben zu meinen Kindern (bitte auch eintragen: volljährige Kinder aus früheren Ehen; nichteheliche Kinder)			
	1. Kind	2. Kind	3. Kind
Familienname			
Vorname(n)			
Geburtsdatum			
Geburtsort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Mit einzubürgern?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Das Kind stammt aus:			
- jetziger Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- früherer Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- keiner Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wurde adoptiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei
	4. Kind	5. Kind	6. Kind
Familienname			
Vorname(n)			
Geburtsdatum			
Geburtsort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Mit einzubürgern?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Das Kind stammt aus:			
- jetziger Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- früherer Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- keiner Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wurde adoptiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei

5 Angaben zu meinen Eltern

Leibliche Eltern			
Vater (Familiename, ggf. Geburtsname)		Mutter (Familiename, ggf. Geburtsname)	
Vorname(n)		Vorname(n)	
Staatsangehörigkeit		Staatsangehörigkeit	
letzter Wohnort / Land		letzter Wohnort / Land	
verstorben <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	am	verstorben <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	am

Adoptiveltern			
Vater (Familiename, ggf. Geburtsname)		Mutter (Familiename, ggf. Geburtsname)	
Vorname(n)		Vorname(n)	
Staatsangehörigkeit		Staatsangehörigkeit	
letzter Wohnort / Land		letzter Wohnort / Land	
verstorben? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	am	verstorben? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	am
Adoption wirksam seit		Adoption wirksam seit	

Nur zu beantworten bei minderjährigern Einbürgerungsbewerbern	
<input type="checkbox"/> Die Ehe der Eltern besteht nicht mehr.	Die Vertretungsbefugnis liegt bei
Gesetzesbestimmung bzw. gerichtliche Anordnung	Die Vertretungsbefugnis beruht auf

6 Angaben zu Ausbildung und beruflichem Werdegang

Schulausbildung			
von	bis	Schulart	Staat
Schulabschluss:			

Berufsausbildung / Studium / Qualifikation				
von	bis	Art	Abschluss	Staat

Vermerke
der Behörde

Arbeitsverhältnisse / selbständige Tätigkeit in den letzten 8 Jahren			
von	bis	Art	Anschrift der Arbeitgeberin / des Arbeitgebers

7 Angaben über Ordnungswidrigkeiten / Straftaten (einschl. Straftaten im Ausland)

Folgende Straftaten / Ordnungswidrigkeiten liegen vor:

Tatbezeichnung	anhängig bei Behörde (Gericht, Staatsanwaltschaft)	Datum des Urteils	Höhe des Strafmaßes bei noch nicht getilgten Strafen

keine Straftaten keine Ordnungswidrigkeiten

Zur Zeit noch anhängige Ermittlungsverfahren?	
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, wegen
	Behörde und Az.:
Eingestellte Ermittlungsverfahren der letzten 5 Jahre?	
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja
	Behörde und Aktenzeichen (Bitte Einstellungsmitteilungen beifügen)

8	Angaben zu meinen wirtschaftlichen Verhältnissen			
8.1	Einkünfte			
			Betrag EUR/Monat	
Erwerbseinkünfte (brutto)	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,		
Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,		
Einkünfte aus Vermietung/Verpachtung	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,		
Rente	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,		
Unterhalt/Unterhaltsvorschuss	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Erziehungsgeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Kindergeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,		
Wohngeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Arbeitslosengeld I	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Arbeitslosengeld II	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Sozialgeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Sozialhilfe	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Krankengeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,		
Sonstige Einkünfte	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Gegebenenfalls Gründe für den Bezug von Arbeitslosengeld II / Sozialgeld / Sozialhilfe				

8.2 Alterssicherung		Vermerke der Behörde			
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, durch <input type="checkbox"/> gesetzliche Rentenversicherung			Anzahl der Beitragsmonate	
	<input type="checkbox"/> private Renten-/Lebensversicherung			seit	Summe
	<input type="checkbox"/>				

8.3 Krankenversicherung	
<input type="checkbox"/> gesetzliche Krankenversicherung	<input type="checkbox"/> private Krankenkasse


8.4 Einkünfte der Familienangehörigen		<input type="checkbox"/> brutto
Familienname	Vorname	Betrag EUR / Monat

8.5 Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche		
Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche?		
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	Name und Anschrift der / des Unterhaltspflichtigen
		Betrag EUR / Monat
	Bruttoeinkünfte der/des Unterhaltspflichtigen	Betrag EUR / Monat

8.6 Unterhaltsverpflichtungen		
Bestehen Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Personen, die nicht zur Haushaltsgemeinschaft gehören?		
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar	gegenüber welcher Person / welchen Personen
Unterhaltsrückstände?		
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, in Höhe von	EUR

9 Vermeidung von Mehrstaatigkeit		Vermerke der Behörde
Ich bin bereit, meine bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) aufzugeben und verpflichte mich, <u>nach schriftlicher Zusicherung</u> der Einbürgerung, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.		
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein, aus folgenden Gründen (ggf. auf einem Zusatzblatt)	

10 Sonstiges					
Die Einbürgerung habe ich bereits früher beantragt					
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, bei	Behörde			
Wurde über den Antrag entschieden?					
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> er wurde von mir zurückgenommen.	<input type="checkbox"/> er wurde abgelehnt.	<input type="checkbox"/> er wurde zurückgestellt.	Datum der Entscheidung

11 Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung	
Loyalitätserklärung (abzugeben von Einbürgerungsbewerbern über 16 Jahre)	
Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:	
1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen, a) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht, b) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, c) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung, d) die Unabhängigkeit der Gerichte, e) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und f) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.	
2. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungs-handlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.	
 Bitte erst bei Antragsabgabe unterschreiben !	

(Unterschrift)	
Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift:	
_____	(Siegel)
(Ort, Datum)	Im Auftrag
_____	_____
	(Behörde / Unterschrift)

Verwaltungsgebühren:

- 255,00 EUR je erwachsenen Einbürgerungsbewerber
- 51,00 EUR für jedes miteinzubürgernde minderjährige Kind ohne eigenes Einkommen
- 255,00 EUR für jedes selbständig einzubürgernde Kind

Bei Ablehnung oder Rücknahme des Antrages werden in der Regel 75 % der jeweiligen Verwaltungsgebühr fällig.

Die Gebührenbemessung erfolgt nach § 38 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) in der derzeit gültigen Fassung.

Ich bin damit einverstanden, dass die Einbürgerungsbehörde ggf. während des laufenden Einbürgerungsverfahrens einen Vorschuss oder eine Sicherheitsleistung nach § 16 des Verwaltungskostengesetzes (VwKostG) vom 23. Mai 1970 verlangen kann. Die Gebühr ist spätestens vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde in voller Höhe zu zahlen.

Belehrung über die Richtigkeit der Angaben:

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich habe davon Kenntnis genommen, dass falsche oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme der Einbürgerung führen können und dass ich verpflichtet bin, Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse unverzüglich mitzuteilen.

Einwilligung gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe b Datenschutzgesetz NRW:

Ein Informationsblatt zur Datenerhebung und -verarbeitung wurde mir ausgehändigt.

Ich bin damit einverstanden, dass die in diesem Informationsblatt genannten und für die Bearbeitung des Einbürgerungsantrags benötigten personenbezogenen Daten aufgrund des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.07.1913 in der z.Zt. gültigen Fassung und den dazu ergangenen Rechtsvorschriften in Verbindung mit §§ 12, 13 Datenschutzgesetz NRW erhoben, verarbeitet und gespeichert werden.

Hinweis zur Verfassungstreue:

Ich bin über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung belehrt worden.

Ein Informationsblatt zur Loyalitätserklärung wurde mir ausgehändigt. Von dem Inhalt des Informationsblattes habe ich vor der Unterzeichnung der Loyalitätserklärung Kenntnis genommen.

↓ Bitte erst bei Antragsabgabe unterschreiben ↓	
<div style="border: 1px solid black; width: 100%; height: 100%; display: flex; align-items: center; justify-content: center;"><p>Lichtbild (aus neuerer Zeit)</p></div>	<hr/> <p>(Datum, Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers / der Einbürgerungsbewerberin / des gesetzlichen Vertreters)</p> <p><u>Bei Miteinbürgerung von Kindern unter 16 Jahren:</u> Ich (wir) beantrage(n) hiermit ebenfalls die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit für die in diesem Antrag als miteinzubürgernd aufgeführten Kinder.</p> <hr/> <p>(Datum, Unterschrift des / der Sorgeberechtigten)</p>

Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift(en)

(Siegel)

Im Auftrag

(Ort, Datum)

(Behörde / Unterschrift)

Information zur Abgabe der Loyalitätserklärung

Bekanntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt. Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreter im Parlament ausgeübt. Sie beinhaltet einen Rechtsstaat, der Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt.

Was bedeutet dies konkret? Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Begriff fasst man die **Wertvorstellungen des Grundgesetzes** zusammen. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere:

- die Achtung der Menschenrechte, vor allem das Recht jedes Menschen auf Leben und freie Entfaltung und Gleichbehandlung (hierzu zählt auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann),
- die Souveränität des Volkes,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Nachfolgend werden Ihnen diese Grundwerte der deutschen Verfassung näher erläutert.

1. Demokratie und Volksherrschaft

Nach dem Grundgesetz geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das Volk bestimmt in regelmäßigen Wahlen Vertreter im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese nehmen die Interessen der jeweiligen Ebene, für die sie gewählt wurden, wahr und treffen die Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

2. Achtung der Grundrechte

Die Grundrechte ermöglichen es dem Einzelnen unter anderem, sich gegen deren Beeinträchtigung durch den Staat zu wehren. Der Staat hat die Grundrechte eines jeden Menschen zu schützen, aber auch gegen andere Menschen, Personenvereinigungen und Organisationen. Jeder Mensch hat Anspruch auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Niemand darf andere in ihrer freien Selbstbestimmung beeinträchtigen, z.B. hinsichtlich der religiösen Betätigung sowie des Zugangs zu Informationen, zur Bildung und zum Berufsleben. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

3. Gewaltenteilung

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volke ausgehende Staatsgewalt (siehe unter 1.) wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der vollziehenden Gewalt (Regierungen und Verwaltungen) und der Rechtsprechung (Gerichte) ausgeübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

4. Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip gewährleistet vor allem, dass Regierung und Verwaltung die Gesetze einhalten und es einen gerichtlichen Rechtsschutz bei Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt gibt. Jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

5. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

Die Verwaltungen müssen die Gesetze beachten und anwenden. Maßnahmen, die in Rechte des Bürgers eingreifen, bedürfen zu ihrer Rechtfertigung grundsätzlich einer gesetzlichen Grundlage, die diese Maßnahmen zulässt oder erlaubt.

6. Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richter sind nur ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet. Jeder Bürger hat einen Anspruch auf einen fairen Prozess.

7. Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien

Ein wesentliches Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Gründung, Bestand und Tätigkeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteienprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

8. Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgaben, sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition nicht in ihrer Arbeit behindern.

Für **Ihre Einbürgerung** ist es wichtig, dass Sie die eben beschriebenen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden und akzeptiert haben. Bitte stellen Sie Fragen, wenn Ihnen hierzu noch etwas unklar ist.

Mit Ihrer Unterschrift bekennen Sie sich zu den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Durch Ihre Unterschrift erklären Sie aber auch,

1. dass Sie keine Bestrebungen unterstützen oder selbst verfolgen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wenden,
2. dass sich Ihre Handlungen nicht gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland wenden,
3. dass Sie die Amtsausübung der gewählten Organe des Landes nicht behindern werden und
4. dass Sie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht durch Ausübung von Gewalt oder durch Vorbereitung solcher Handlungen gefährden wollen.

Information
über die Erhebung und Verarbeitung
personenbezogener Daten im Einbürgerungsverfahren

Für die Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrages werden Daten benötigt, die zu Ihrer Person bei anderen Behörden vorhanden sind. **In allen Einbürgerungsfällen** werden Auskünfte eingeholt bei der / dem

- Ausländerbehörde, zur Dauer und Rechtsgrundlage des Inlandsaufenthaltes,
- Bundeszentralregister, zu Einbürgerungsbewerbern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben (unbeschränkte Auskunft),
- Polizei, zu Erkenntnissen in Straf- und Ermittlungsverfahren,
- Verfassungsschutz, zu Erkenntnissen über verfassungsfeindliche oder extremistische Bestrebungen,
- Meldebehörde, zur Meldeanschrift.

Zur Einholung dieser Information sind die Einbürgerungsbehörden gesetzlich ermächtigt. Die Ermächtigung gilt auch für weitere Auskünfte, die zur Bearbeitung des Einbürgerungsantrages oder zur Überprüfung von Angaben erforderlich sind; hiervon machen die Einbürgerungsbehörden nur Gebrauch, wenn und soweit es nach den Umständen des Einzelfalles nötig ist.

In Betracht kommen z.B.: Auskünfte

- des Vormundschaftsgerichtes, zur Geschäftsfähigkeit oder gesetzlichen Vertretung,
- der Staatsanwaltschaften und Gerichte, zu Straf- und Ermittlungsverfahren,
- des Amtsgerichtes, zu Eintragungen im Schuldnerverzeichnis,
- des Finanzamtes.

Bei **Anspruchseinbürgerungen** ist im Falle des Bezugs von Leistungen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld) bzw. SGB XII (Sozialhilfe) eine Stellungnahme des jeweiligen Trägers der Leistungen (Sozialamt, Arbeitsgemeinschaft bzw. zugelassene Träger der Grundsicherung) zu den Gründen des Leistungsbezugs einzuholen (außer bei Personen, die zum Antragszeitpunkt das 23. Lebensjahr noch nicht vollendet haben).

Bei allen **Ermessenseinbürgerungen** werden die jeweiligen Träger der Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII um eine Auskunft gebeten, ob eine entsprechende Leistung gewährt wird oder ein Anspruch besteht, da bereits ein entsprechender Anspruch ein Einbürgerungshindernis darstellt.